

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Druckerei des Wilsdruffer Tageblattes, vormals 20 Pl., monatlich 6 Pl., vierteljährlich 2,40 Pl., durch unsere Abnehmer zugeworfen monatlich 80 Pl., vierteljährlich 2,40 Pl., bei den bestellten Postämtern vierteljährlich 2,40 Pl., ohne Zustellungsgebühr. Die Postämter, Postboten sowie unsere Abnehmer und Besteller nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhersehbarer Änderungen der Preise der Zeitungen, der Lieferanten oder der Bestimmungsgeländungen — bei der Preisveränderung können wir auf Erhöhung oder Herabsetzung der Zeitung oder auf Aussetzung der Druckerei, ferner bei der Preisveränderung in den oben genannten Fällen keine Rücksicht, falls die Zeitung verhalten, in bestimmten Umfang oder nicht erscheint. / Einzelverkaufpreis der Nummer 10 Pl. / Zuschriften sind nicht verfallend zu übernehmen, sondern an den Verlag, die Expedition oder die Geschäftsstelle, in dem Zustimmungsbriefen vorzuschicken. / Berlin S.W. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das
sowie für das Königliche
Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 261.

Freitag den 8. November 1918.

77. Jahrg.

Wilson's Antwort=Note.

Die Pulverkiste.

Sie waren zwar nur mit Druckpapier angefüllt, die Kisten, die der Kurier des Herrn Joffe von Moskau nach Berlin mitbrachte, aber ihre vorzeitige Öffnung auf dem Bahnhof Friedrichstraße, die wir einem glücklichen Zufall verdanken, hat doch gewirkt wie die Explosion einer Pulverkiste: ungesäumt ist Herr Joffe, der diplomatische Vertreter der Sowjetrepublik beim deutschen Reich, mit samt seiner ganzen Gesandtschaft in die Luft geflogen — bildlich natürlich nur, indem die unentwegt höfliche und wohlgeleitete deutsche Regierung ihn freundlichst erludt hat, sich zunächst einmal in seine Heimat zurückzugeben. Die unvermeidliche Nachfrage wurde mit einer in der jetzigen Zeit ganz ungewöhnlichen Schnelligkeit erledigt, auch der Sonderzug, auf dem ein so hervorragender Mann zweifellos Anspruch erheben darf, ist binnen 24 Stunden zur Verfügung gestellt worden — kurz, das Scheiden von Berlin ist ebenso rasch wie schmerzlos vor sich gegangen, und die statlichen Räume der russischen Botschaft unter den Linden liegen wieder verlassen da, die rote Fahne, die ein halbes Jahr wohl über dem vornehmen Gebäude geweht, verschwindet, und ein Heerd des Bolschewikentums, ein Mittel- und Sammelpunkt dreifacher revolutionärer Propaganda in Deutschland wird ausgeräumt, nachdem von ihm ganz unübersehbarer Schaden ausgegangen ist. Auch wir ziehen unsere Vertreter in Russland, soweit solche dort noch vorhanden sind, bis auf weiteres zurück, solange nämlich, bis die Moskauer Regierung Bürgschaften dafür gegeben hat, daß in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Propaganda gegen die staatlichen Einrichtungen in Deutschland betrieben werde, und daß der noch immer ungeklärte Mord an dem Gesandten Grafen Mirbach ausreichende Sühne findet. Bis dahin wird man sich ohne sogenannte „Beziehungen“ zu einem Staatswesen behelfen müssen, das offenbar selbst gar keinen Wert darauf legt, in der Reihe der zivilisierten Nationen zu marschieren.

Es galt, eine alte und von Monat zu Monat mehr angefallene Rechnung mit der Sowjetrepublik zu begleichen. Wir haben mit ihr Frieden geschlossen, weil sie den ertlichen Willen zu haben schien, den Krieg zu beenden und dem entsetzlich gefolterten russischen Volke Ruhe zu verschaffen; und gegen ihren revolutionären Begleitungsbesitzer suchten wir dadurch Vorforge zu treffen, daß wir ihr im besten Vertrauen bestimmte Verpflichtungen auferlegten, die unser Meer und unsere Grenzen vor bolschewistischer Bearbeitung in Wort und Schrift sichern sollten, wenigstens soweit sie in amtlicher Kaufmachung auftrat und mit amtlichen Mitteln betrieben werden sollte. Kaum hatten aber Lenin und seine Leute sich einigermaßen fest in den Sattel gesetzt, als sie gerade gegen Deutschland ihre gefährlichsten Papierballen zu schleudern begannen. Wie skrupellos sie dabei verfahren, zeigt eine Mitteilung aus Smolensk in der offiziellen Zeitung der Moskauer Regierung, wonach ein vom Kriegsrevolutionärsrat der deutschen Diktatur herausgegebenes Blatt, betitelt „Der rote Soldat“, in seiner ersten Nummer nunmehr vorliegt. Darin wurden die Soldaten zur sozialen Revolution und zur Bildung einer kommunistischen Partei an Stelle der überlebten Sozialdemokratie aufgefordert — während in Wahrheit diese Zeitung in Russland von amtlicher bolschewistischer Seite als Propagandaorgan gedruckt und über die Grenze geschmuggelt wurde. Bei der Diktatur besteht weder eine solche Zeitung noch ein Kriegsrevolutionärsrat; ihr gesunder Geist wird sich gegen dieses agitatorische, innerlich durchaus unwahre Treiben verbündeter Fanatiker sicherlich mit Erfolg zur Wehr setzen. Mit Recht wird aber dieser neue Fall amtlicher bolschewistischer Propaganda im Interesse der Aufklärung unserer Bevölkerung von der deutschen Regierung festgenommen und als besonders dreist öffentlich gebrandmarkt. Unzweifelhaft ist er nur einer von vielen. Und daß Herr Joffe den Moskauer Intendanten als Deckadresse für ihre dunklen Machenschaften diente, das war in eingeweihten Kreisen längst bekannt; ein glücklicher Zufall erst hat auch unserer Regierung die unumstößlichen Beweise dafür in die Hand spielen müssen, wie dieser russische Staatsmann seine bevorzugte Stellung mißbrauchte — oder doch zum mindesten mißbrauchen ließ. Wenn sie argwöhnischer wäre, so hätte sie schon längst aus gewissen Anzeichen auf den wahren Stand der Dinge geschlossen. So daraus, daß Herr Joffe gerade die Führer der Spartakusgruppe, insbesondere den Landtagsabgeordneten Dr. Mehring, zu seinem bevorzugten Umgang zählte, daß er diese Kadavertanten immer wieder, wenn sie vor der Öffentlichkeit irgendein Spektakelstück aufzuführen beliebten, vor die russische Botschaft zog, und daß Herr Plechneff offensichtlich zu ihr seine „Beziehungen“ unterhielt, über deren Charakter nicht der mindeste Zweifel abzuwalzen konnte. Die zunehmende Überlavennnung Deutschlands mit blut-

runnigen Flugblättern, die ja auch allmählich ihre Wirkung zu üben begannen, mußte gleichfalls den Verdacht der Untersuchungsbehörden nach ganz bestimmten Richtungen hin lenken — in dessen es blieb, wie gesagt, einem Unfall vorbehalten, diesen ganzen mit Händen zu greifenden Skandal für die Regierung spruchreif zu machen. Nun hat sie mit feinem Griff ausgepackt — und das deutsche Volk kann sagen, daß es um eine traurige Erfahrung reicher geworden ist.

Unsere „Unabhängigen“ und ihre noch weiter links stehenden Genossen werden ein gewaltiges Lärmen erheben; wir kennen das ja schon zur Genüge. Aber das deutsche Volk und seine neue Regierung wird sich diesmal hoffentlich nicht wieder ins Lockhorn jagen lassen. Dazu ist unsere Lage zu ernst, nach außen sowohl wie im Innern.

Joffe's Abschied.

Wie ein Berliner Blatt erzählt, hat der russische Vertreter, der am Mittwoch früh 6 Uhr Berlin verlassen hat, in der vorbeigehenden Nacht eine längere Unterredung mit dem Reichstags-Abgeordneten Cohn-Nordhausen (Unab. Sos.) gehabt. Vor seiner Abreise hat Herr Joffe dem Abgeordneten ein großes, weiß enthaltenes Paket übergeben. — Zugleich mit Herrn Joffe ist auch das Berliner Bureau der russischen Telegrammen-Agentur abgereist. Der Aktivist Graf Surma begleitete den Sonderzug bis zur Grenze.

Die Antwort an Deutschland.

Abreise der deutschen Waffenstillstandsdelegation
Berlin, 6. November.

Die Antwort auf die letzte Note der deutschen Regierung an den Präsidenten Wilson ist heute hier eingetroffen. Sie enthält die Stellungnahme der verbündeten Mächte zu Wilson's Friedensprogramm, behandelt Ansprüche der Gegner auf Schadenersatz und stellt der deutschen Regierung auheim, mit dem Marschall Foch in Verbindung zu treten.

Die deutsche Delegation zum Abschluß des Waffenstillstands und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen ist heute nachmittag von Berlin nach dem Westen abgereist.

Die deutsche Delegation zum Abschluß des Waffenstillstands besteht bekanntlich aus dem General v. Gündelf, dem Generalmajor v. Winterfeldt, früherem deutschen Militärattaché in Paris, dem Admiral Meurer und dem früheren Staatssekretär v. Dinze. — Die deutschen militärischen Unterhändler für die etwaigen Friedensverhandlungen sollen nach der Kreuz-Itz. General v. Wrisberg und Admiral v. Bülow sein.

Der Wortlaut der Note.

Wilson's 14 Punkte. — Wegen die Freiheit der Meere.

Wie das Saager „Holländische Bureau“ aus Washington meldet, hat Staatssekretär Lansing am 5. d. Mts. durch Vermittlung des schweizerischen Geschäftsträgers der deutschen Regierung folgende Mitteilung ankommen lassen: In meiner Note vom 22. Oktober habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel mit der deutschen Regierung den Regierungen, die mit den Vereinigten Staaten assoziiert sind, übermittelt hat. Es wurde Ihnen anheimgegeben, falls die Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundrissen herbeizuführen, ihre militärischen Notgeber und die Regierungen der Vereinigten Staaten zu erlösen, den gegen Deutschland verbündeten Regierungen die notwendigen Bedingungen eines Waffenstillstands zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahr. Der Präsident hat nun ein Memorandum erhalten, in welchem die verbündeten Regierungen zu seinem Notenwechsel Stellung nehmen und das etwa folgendermaßen lautet:

Die verbündeten Regierungen haben sich sorgfältig mit dem Notenwechsel, der zwischen dem Präsidenten und der deutschen Regierung erfolgt ist, beschäftigt. Sie erklären nach den ihnen gewordenen Mitteilungen ihre Bereitschaft, auf Grund der Bedingungen, die der Präsident in seiner Instruktion an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegt hat, und auf Grund der Prinzipien, die in seinen folgenden Vorschlägen zum Ausdruck kamen, mit der deutschen Regierung Frieden zu schließen. Die verbündeten Regierungen weisen darauf hin, daß Punkt 2, der sich auf die Freiheit der Meere bezieht, verschiedener Auslegungen fähig ist, wie sie die verbündeten Regierungen nicht annehmen können. Sie müssen sich daher in dieser Hinsicht jegliche Freiheit vorbehalten, wenn sie auf der Friedenskonferenz erscheinen.

Ferner hat der Präsident bei Ausföhlung der Friedensbedingungen im Januar erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müssen. Die verbündeten Regierungen sind der

Überzeugung, daß es überhaupt keinem Zweifel unterliegen darf, was diese Maßnahme in sich schließt. Sie verstehen sie dahin, daß Deutschland für jeglichen Schaden, welcher der Bevölkerung der verbündeten Regierungen und ihrem Besitze durch den Angriff Deutschlands zu Lande, zu Wasser und aus der Luft zugefügt worden ist, Entschädigungen leisten muß.

Dann heißt es in der Lansing'schen Note weiter: Ich bin vom Präsidenten beauftragt, mitzuteilen, daß er sich in Übereinstimmung mit der im letzten Paragraphen des Memorandums gelegenen Auslegung des oben angeführten Punktes befindet.

Ferner habe ich vom Präsidenten den Auftrag, Sie zu bitten, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und von den Regierungen der verbündeten Mächte offiziell den Auftrag erhalten hat, genügend beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen.

Was in der neuen Note Wilson's mitgeteilt wird, sind also gewissermaßen die Vorbedingungen für die Waffenstillstandsverhandlungen. Die eigentlichen Bedingungen des Verbandes, die er zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Einleitung von Friedensverhandlungen erfüllt werden will, wird unsere Delegation erst durch Marschall Foch, der im Auftrag aller Verbündeten unterhandelt, erfahren.

Der neue Krieg in Galizien.

Kriegszustand zwischen Polen und Ukrainern.
Warschau, 6. November.

Die gesamte polnische Presse erklärt, daß Polen gegenüber den Ansprüchen der Ruthenen (Ukrainer) zum Kampfe bereit sei. Die Besetzung Lemberg und Brzemesko durch die Ukrainer sei eine freche Herausforderung, die nur mit der Waffe beantwortet werden könne.

Sowohl die Ukrainer als auch die Polen versuchen die deutschen Bewohner Galiziens, die sich neutral verhalten, durch allerhand Versprechungen auf ihre Seite zu ziehen. Militärisch sind gegenwärtig die Ukrainer überlegen, da sie ihre Verbände zusammen haben, während die polnischen Legionen sich zerstreut haben. Man zählt die ukrainischen Streitkräfte, die gegen Galizien im Anmarsch sind, auf etwa 17 Divisionen. Die Polen sammeln dagegen in Larnow und Krowau Heere. Man rechnet mit einem Zusammenstoß der feindlichen Heere auf galizischem Boden und an der polnisch-ukrainischen Grenze.

Militärische Besetzung Deutsch-Böhmens durch die Tschechen.

Die Tschechen beginnen nunmehr, nachdem sie ihren Staat konstituiert haben, mit der militärischen Eroberung Deutsch-Böhmens. Schon in der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November trafen plötzlich tschechische Soldaten in dem urdeutschen und durch seine Glasindustrie weltbekanntesten Daida ein, entworfenen die dort befindlichen deutsch-österreichischen Truppen, verjagten sie und richteten ein tschechisches Kommando ein. Ebenso verfahren sie in anderen rein deutschen Industriebezirken. Gleichzeitig wurden in Deutsch-Böhmen Mobilisierungsbefehle angeschlossen, die die Deutsch-Böhmen für Untertanen des tschechischen Volkes erklären und die Deutschen unter Androhung schwerer militärischer Strafen zwingen sollen, sofort in die tschechische Armee einzutreten.

Die Lage in Wien.

Die Aeroökrit, die Deutsch-Österreich und Wien in den ersten Tagen der Umwälzung beherrschte, hat sich jetzt abgelehnt von gewissen ernsten Ausschreitungen in Wien, gelegt. Es sind bedenkliche Vorfälle nicht zu verzeichnen. Dagegen wüden wilde Gerüchte über den Ausbruch von Kriegsgefangenen und dergleichen eine große Rolle, und werden leider von manchen Zeitungsvertretern auch nach Deutschland weitergegeben. Nach den vorliegenden Mitteilungen nimmt die Entwicklung einen durchaus normalen Verlauf, wenn auch naturgemäß der Mangel einer militärischen Organisation Bedenken für die Zukunft Raum gibt. Umso mehr ist es zu begrüßen, daß mit Erfolg an der möglichst schnellen Aufrückung zuverlässiger Ordnungstruppen in Wien und Deutsch-Österreich gearbeitet wird.

Ungarn vor der Besetzung.

Budapest, 6. November.

Der ungarische Kriegsminister Linder erklärte, es sei wahrscheinlich, daß englische und französische Truppen nach Budapest kommen, doch sei dies eine unnötige Maßnahme des Oberkommandos der Entente, da hier keine Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung benötigt würden. Wenn diese Truppen kämen, dann würden sie nicht als Feinde kommen und könnten nur kurze Zeit

hierbleiben. — Die deutschen Militärbehörden haben mittels Schiff Budapest verlassen. Sie fahren nach Boffan. In Budapest bleiben nur Zivilbeamte bei der Überwachungsstelle und ein Bahnhofskommando, welche die Aufgabe haben, die von der Balkanfront zurückkehrenden deutschen Soldaten nach ihrer Heimat zu befördern. Über diesen auf dem Durchgang befindlichen deutschen Mannschaften stehen in Ungarn keine deutschen Soldaten mehr. **Erfolge Unruhen.**

Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet aus Budapest: Während in Budapest größte Ordnung und Ruhe herrscht, kommen aus der Provinz ernste Nachrichten. In vielen Gemeinden der Kleinen Karpathen hat der verheerende Böbel die Behörden weggejagt. Überall wird die Proklamation des slowakischen Nationalrates verbreitet. Aus den Gemeinden an der ungarischen Grenze werden die ungarischen Stuhlrichter und Notare weggejagt. In Südungarn ist es zu Unruhen im Bergwerk Reichina gekommen.

Deutschlands diplomatische Vertretung in Ungarn. Der Budapestener deutsche Generalkonsul Graf von Fürstberg erklärte, daß er mit seinem Personal auch beim Erscheinen der Entente-Truppen auf seinem Posten bleiben werde, da sich Ungarn neutral erklärt habe. Eine Mangerhöhung des Budapestener deutschen Konsulats zu einer Gesandtschaft ist vorgesehen und wird die Arbeit sehr erleichtern, da bisher sämtliche Meldungen erst an die Botschaft in Wien zu erstatten waren, was eine ungeheure Arbeitslast war.

Verschiedene Meldungen. Serajewo, 6. Nov. Bei Entlassung polnischer Gefangene in Bosnien und der Herzegowina sind auch des Nordens an Erzherzog Franz Ferdinand Verdächtige oder Verurteilte entlassen worden.

Jülich, 6. Nov. In Triest sind 3000 amerikanische Marinesoldaten ausgeschifft worden.

Budapest, 6. Nov. Ministerpräsident Graf Karolvi ist nicht zu Friedensverhandlungen nach Padua gereist. Der Ministerrat beschloß, den Justizminister Dionysius Verinsek nach Helgrad zu entsenden, wo er mit General Franchet in Verbindung tritt.

Graz, 6. Nov. Die „Grazer Tagespost“ meldet: Gestern trafen in Febrind an der ungarischen Grenze reichsdeutsche Soldaten ein, die fast vollkommen nackt waren, da man sie auf der Fahrt durch Ungarn aller Kleider und sogar der Unterwäsche beraubt hatte.

Wien, 6. Nov. Die Nachricht von der bevorstehenden Auflösung des Hofstaates und der Entlassung der Gardes ent-

Deutschland und Polen.

Um die Übergabe der Verwaltung.

Berlin, 6. November.

Zwischen der polnischen und der deutschen Regierung hat in den letzten Tagen ein Meinungsaustausch über die Übergabe der Verwaltung in polnische Hände stattgefunden. Sogleich wurde das künftige wirtschaftliche Verhältnis beider Staaten eingehend erörtert.

Die polnische Regierung hat dabei, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, fast in Form eines Ultimatus gefordert, daß die Überweisung der gesamten Verwaltung in polnische Hände bis zum 15. November erfolge. Daneben wurde verlangt, daß die Lebensmittelzufuhr aus Polen sofort eingestellt und eine Lieferung von 40000 Tonnen Getreide aus der diesjährigen Ernte zurück-erstattet werde. Außerdem aber wurde die Übergabe von Bergwerken, Fabriken, Industriebetrieben, rollendem Material der Bahnen und anderes verlangt.

Übergabe für den 1. Januar 1919 geplant.

Auf die polnischen Forderungen ist vom deutschen Generalgouvernement geantwortet worden, daß die Übernahme der Verwaltung durch die polnische Staatsregierung von dem Abschluß eines Abkommens abhängig gemacht werden müßte, das im Austausch gegen die Bedarfsartikel, deren Polen benötige, dem Deutschen Reich eine noch zu vereinbarende Menge von Rohstoffen und Lebensmitteln sichert und das auch die Lage des deutschen Besatzungsgebietes, solange die Besatzung dauert, gewährleistet. Die Übergabe der Verwaltung sei für den 1. Januar 1919 vorausgesehen, sie werde nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Darauf ist erneut geantwortet worden, daß die Frage der wirtschaftlichen Verträge zwischen beiden Staaten nicht von der Übergabe der Verwaltung abhängig gemacht werden dürfe. Diese müsse am 15. November d. J. erfolgen. — Die weitere Entwicklung dieses Meinungs-

austausches ist durch den Gang der Ereignisse unterbrochen worden. Es bleibt nun für uns abzuwarten, wer in dem Streit zwischen Regierungskabinet und Ministerium die Oberhand behalten wird.

Aufruf des Reichskanzlers.

Berlin, 6. November. (wfb. Amtlich.) Der Reichskanzler hat folgenden Aufruf erlassen:

Präsident Wilson hat heute auf die deutsche Note geantwortet und mitgeteilt, daß seine Verbündeten den vierzehn Punkten, in denen er seine Friedensbedingungen im Januar dieses Jahres zusammengefaßt hatte, mit Ausnahme der Freiheit der Meere zugestimmt haben und daß die Waffenstillstandsbedingungen durch Marschall Foch mitgeteilt werden. Damit ist die Voraussetzung für Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen gleichzeitig geschaffen. Um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, ist

die deutsche Abordnung zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen heute ernannt worden und nach dem Besten abgereist.

Die Verhandlungen werden durch Unruhen und dissimulantes Verhalten in ihrem erfolgreichen Verlaufe ernstlich gefährdet. Ueber vier Jahre hat das deutsche Volk in Einigkeit und Ruhe die schwersten Leiden und Opfer des Krieges getragen. Wenn in der entscheidenden Stunde, in der nur unbedingte Einigkeit des ganzen deutschen Volkes große Gefahren für seine Zukunft abwenden kann, die inneren Kräfte versagen, so sind die Folgen nicht abzusehen. Aufrechterhaltung der bisher gewährten Ordnung in freiwilliger Manneszucht ist in dieser Entscheidungsstunde eine unerlässliche Forderung, die jede Volksgemeinschaft stellen muß. Möge jeder Staatsbürger sich der hohen Verantwortung bewußt sein, die er in Erfüllung dieser Pflicht seinem Volke gegenüber trägt.

Reichskanzler Prinz Max von Baden.

Fochs gescheiterte Pläne.

Der schwedische General Nordensvan schreibt in der „Stockholmer Allehanda“ zur Kriegslage: Betrachten wir die Lage, so ist offenbar, daß Marschall Foch seit Anfang Oktober nach dem großartigen Plan arbeitet, durch kräftige Angriffe gegen beide Endpunkte die deutsche Stellung einzuschnüren, und die Deutschen womöglich gefangen zu nehmen, also ein Sedan im großen Stile. Gleichzeitig erstrebte er, die deutsche Stellung an ihrem schwächsten Punkt, einem weit vorkommenden Keil, zu durchbrechen, und durch beiderseitige Aufröhlung die Vernichtung zu beschleunigen. Keiner dieser Pläne glückte, oder, besser gesagt, beide mißglückten völlig. Das Kräfteverhältnis scheint jetzt nahezu ausgeglichen. Es kann, je weiter es zum Winter geht, sogar umschlagen.

Weiterführung der Luftangriffe.

Die französische Presse bespricht den deutschen Funkspruch, der den Kriegführenden vorschlägt, sich der Luftangriffe zu enthalten. Der „Matin“ äußert sich folgendermaßen: Es wird uns übel, wenn wir dieses Dokument lesen, das die Feigheit des besunnenen Feindes zeigt. Er wird nun für seine Missetaten geächtet, für seine Verbrechen der offenen französischen Städte und der friedlichen Städte in England mit den Hunderten von Opfern an Frauen und Kindern. Jetzt, wo die siegreichen Alliierten zu ihnen kommen, zittern die Banditen vor den Folgen ihrer Taten. Das deutsche Anerbieten wird zurückgewiesen und jeder neue Angriff mit hundertfachen Sinnen zurückgegeben.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

Nach zuverlässigen Meldungen wird das Verhalten der Franzosen gegenüber deutschen Kriegsgefangenen immer härter und grausamer, obwohl Frankreich sich in den Berner Vereinbarungen zu menschlicher Behandlung der Kriegsgefangenen verpflichtet hat. Noch immer werden die Deutschen bei der Gefangenennahme beraubt und verbleiben zunächst mehrere Wochen im Stappengebiet, wo sie unter freiem Himmel liegen und keinerlei Fürsorge erfahren. Das französische Personal schlägt und beschimpft sie. Nur die schon in den Lagern amnestierten Kameraden helfen ihnen nach ihren schwachen Kräften. Gegen diese nichtwürdigen Verletzungen des Völkerrechtes ist energischer Protest eingelegt worden. Berner ist die Schweizerische

Wenn mir etwas gegen den Wunsch geht, gleich bin ich trotzig und eigenwillig. Es ist schon viel besser geworden, aber ganz ausrotten lassen sich solche Fehler schwer.“ Er sah forschend in das ernste junge Gesicht. Welch ehrliche Selbsterkenntnis, welche herliche Betrübniß sprach aus ihren Worten. Ihr Wesen wehte ihn an wie ein erfrischender, lebender Hauch, es wurde ihm leicht und frei ums Herz, wie seit langem nicht. Lielotte reichte ihm die Hand, die er an die Lippen sog. „Also herzlich willkommen in der Heimat, und nun will ich Sie nicht länger aufhalten. Sie werden danach verlangen, Ihren Vater wiederzusehen. Wir erwarteten Sie erst zum Abend.“ „Ich erreichte einen früheren Zug. Finde ich meinen Vater im Schloß?“ „Ja. Er kann leider jetzt nicht viel heraus. Sein Rheuma plagt ihn sehr. Es ist gut, daß Sie gekommen sind, ihm beizustehen, er muß sich entschließen schonen.“ „Dafür soll geforgt werden. Guten Morgen, gnädiges Fräulein, reiten Sie noch weiter? Ich sehe, Sie sind ohne jede Begleitung.“ „Seit Onkel Gernrode krank ist, kann er mich nicht mehr so oft begleiten. Ich hoffe, Sie nehmen sich meiner etwas an.“ „Mit großem Vergnügen.“ „Darauf freue ich mich. Guten Morgen also, und auf Wiedersehen bei Eidi.“ Sie gab ihrem Pferde einen leichten Schlag mit der Gerte und ritt davon. Er sah ihr nach und freute sich, daß sie so gut zu Pferde saß. Als sie sich nochmals umwandte, zog er grüßend den Hut. Da schlug helle Rote in ihr Gesicht, und sie trieb ihr Pferd zu schnellerem Gang an.

Wolf Gernrode hatte eine Viertelstunde später den Wald hinter sich und schritt auf den breiten Kieswegen dem Schloß zu.

Die Schönbürg war ein herrliches Gebäude im reinsten Renaissancestil von mächtigem Umfang. Sie stand auf einem Berge, der an der Vorderseite des Schloßes ziemlich steil abfiel, während er nach Norden langsam abflachte. Bequeme Fahrwege führten an der Parkgrenze entlang

Gesandtschaft in Paris erlucht, die Verhältnisse in den Sichtungslagen sofort durch Delegierte prüfen zu lassen und bei der französischen Regierung nachdrücklich auf Abhilfe zu dringen.

Neueste Meldungen.

Deutschlands Armee ein Vorbild für Alle.

Haag, 6. Nov. Der militärische Mitarbeiter des „Neueme Courant“ schreibt: Deutschland steht jetzt allein. Der mächtige Kämpfer, der vor allen anderen der befehlende Führer in dem großen Kampfe gegen eine immer mächtigere Allianz war, bleibt von seinen schwachen Verbündeten verlassen, gegenüber einer Welt von Feinden allein zurück; das ist eine ergreifende Tragik. Die stärkste und fettergebaute Armee, die deutsche Armee, steht noch. Sie bildet ein Vorbild für Alle, sie steht allein wie ein homerischer Kämpfer gegen die Überzahl des Feindes.

Sicherung der süddeutschen Grenzen.

München, 6. Nov. Der bayerische Kriegsminister sagt in einem Erlaß an die Bevölkerung, daß kein Anlaß zur Besorgnis sei. Vorkehrungen zum Schutze der Heimat seien getroffen und weiter im Gange.

Wilson's Einfluß auf den Frieden.

Haag, 6. Nov. Nach Meldungen aus New York erklärte Senator Lodge in einer Volksversammlung, daß Wilson auf die Waffenstillstandsverhandlungen keinen Einfluß habe, dagegen würden bei den Friedensverhandlungen Wilsons Ideen maßgebend sein und zur schnellen Durchführung gebracht werden.

Lezte Drahtberichte des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Admiral Seymours Pläne mit Helgoland.

Amsterdam, 7. November. (tu.) Der englische Admiral Seymour, der Helgoland bereits kannte, ehe es in deutsche Hände kam, setzte der Times auseinander, daß die Insel wieder englischer Besitz werden muß. Ferner verlangte der Admiral die Vernichtung des Festungswerkes der Insel, so daß sie nicht mehr als ein Stützpunkt für maritime Zwecke der deutschen Flotte verwendet werden kann.

Das böhmische Kirchenvermögen an den tschechischen Nationalrat abgegangen.

Prag, 7. November. (tu.) Gestern nachmittag wurde das gesamte Vermögen der böhmischen Kirchen im Werte von 38 Millionen Kronen dem tschechischen Nationalrat übergeben. Die tschechische evangelische Kirchengemeinde beschloß, ihren Namen in nationalistische Kirchengemeinde umzuändern.

Graf Berchtold in Bern.

Bern, 7. November. (tu.) Graf Berchtold weilte in Bern, wahrscheinlich, um Vorbereitungen für den Aufenthalt Kaiser Karls zu treffen.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 5. November.

Zweite Kammer.

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Regierung.

Der Vorsitzende im Staatsministerium Staatsminister Dr. Heinze führt aus: Die Staatsregierung habe den Verfassungsänderungen im Reiche durchweg zugestimmt. Durch die geschaffene Neuordnung in Sachsen siehe das Gesamtministerium nunmehr in engerer Fühlung mit der Volkswirtschaft. Kein Minister könne gegen den Willen des Parlaments dauernd im Amte bleiben. Demnächst komme die Bildung eines neuen Verkehrsministeriums und die Trennung des Kultus- und Unterrichtsministeriums in Frage. Die Regierung werde dem Landtage binnen kurzem eine Vorlage machen, die das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für die Zweite Kammer ohne jede Einschränkung vorschlägt, verbunden mit dem System der Verhältniswahl zum Schutze der Minderheiten. Vor Friedensschluß und Rückkehr der Krieger könnten jedoch keine Wahlen vorgenommen werden. Auch der Ersten Kammer könnten Minister entnommen werden. Die erste Kammer müsse sich gleichfalls organisch dem Neubau einfügen. Ihre grundsätzliche Neuformung werde unvermeidlich sein und müsse über die gegenwärtige Regierungsvorlage hinausgehen. Der Minister erwähnt sodann die Schwierigkeiten der Volkser-

Lielottes Heirat.

Roman von H. Courths-Mahler.

6]

„Ich behauptete wenigstens, daß Sie gelacht hätten, wenn nur auch damals von erfahrenen Leuten versichert wurde, daß so kleine Kinder noch gar nicht lachen könnten. Wollen Sie nun zugeben, daß ich Sie sehr genau gekannt habe?“

Lielotte lachte herlich.

„Da muß ich freilich alle Zweifel schwinden lassen. Aber immerhin, alle Achtung vor ihrer großen Menschenkenntnis, daß Sie schon damals herausgefunden haben, daß ich ein ehrlicher Mensch bin.“ — „Spotten Sie immerhin, ich habe auch noch andere Quellen, aus denen ich mein Urteil über Sie schöpfe. Sie waren in meines Vaters Briefen an mich immer sehr ausführlich geschildert. Ihr ganzes Leben liegt wie ein offenes Buch vor mir.“

Sie erwiderte und flüchelte mit ihrer Keitpeitsche in dem Laub einer Buche herum.

„Ach so — Onkel Gernrode hat mich bei Ihnen angeschwärzt.“

„Wenn Sie das „anschwärzen“ nennen, wo finde ich dann den Ausdruck für Ihre Vollkommenheit?“

„Um Himmels willen, hören Sie auf, mir wird ganz schwindelig vor meiner eigenen Größe. Also Onkel Gernrode hat nicht über mich gezinkt in seinen Briefen?“

„Rein, das Gegenteil.“

„Sonderbar — dabei hat er immer allerlei an mir auszuweisen.“

„Als Ihr Vormund hat er die Pflicht, erzehrerisch auf Sie einzuwirken.“

„Nichtig, so etwas nennt man Pädagogik. Na warte, Onkel Gernrode.“

Sie drohte mit der kleinen Faust in die Ferne.

„Nun sind Sie gar böse auf meinen Vater?“

„O nein — das bräute ich gar nicht fertig. Er hat ja recht, wenn er schilt, ich habe soviel Fehler, und soviel Mängel ich mit mir bringe, ich kann sie nicht ganz ablegen. Es ist ein Kreuz, wenn man so trödel und einwillig ist.“

durch den Wald in die Ebene. Die Wirtschaftsgebäude lagen nach Westen hinaus.

Bom Schloß aus hatte man einen entzückenden Fernblick, zumal gegen Süden, wo man bei klarem Wetter die Wartburg sah.

Mit leuchtenden Augen blickte Wolf um sich, als er vor dem Schloßportal halt machte. Hier wehte Heimatluft — es war doch ein wohniges Gefühl, heimzukehren, auch wenn man nicht mehr auf eigenem Grund und Boden stehen konnte.

Wenige Minuten später stand er vor seinem Vater. Die Begrüßung zwischen den beiden Männern war eine sehr bewegte. Frit Gernrode sah mit feuchten Augen auf seinen Sohn, der nun fast sechs Jahre von ihm getrennt gelebt hatte und nun wieder, vereint mit ihm, hier schaffen und wirken sollte. Heimatboden würde er wieder bebauen, wenn er auch nicht sein eigen war.

„Gott segne deinen Eingang, mein Sohn, möge er dir und Schönbürg zum Segen gereichen. Du weihst wohl, mein lieber Junge, wie glücklich ich bin, dich wieder bei mir zu haben. Wirst du es aushalten können, so in nächster Nähe von Gernrode?“

„Sei unbesorgt, Vater, das ist verwunden und liegt hinter mir. Wie steht es auf Gernrode jetzt?“

„Schlecht und recht. Der jetzige Besitzer, der es ja nur übernahm, weil es nicht anders ging, sucht immer noch einen Käufer dafür. Er hat die Schäden, die das Hochwasser damals angerichtet, notdürftig ausbessern lassen, aber damit ist es nicht getan. Du weihst so gut wie ich, daß nur mit großen Geldopfern Gernrode wieder ertragsfähig gemacht werden kann. Vor allem müssen neue Dämme errichtet werden. Jetzt sind da nur sehr primitive Schutzvorrichtungen getroffen worden, und damit ist nichts getan. Ein einziges Hochwasser wie vor sechs Jahren vernichtet die wieder, und das alte Lied beginnt von neuem. Es wird sich auch schwerlich ein Käufer finden, trotzdem es sehr billig angeboten wird. Es muß eben ein hohes Kapital hineingesteckt werden, wenn alles wieder in Ordnung gebracht werden soll. Die Wirtschaftsgebäude sind auch nicht besser gemorden in der Zeit.“

(Fortsetzung folgt.)

Großes Hauptquartier, 7. November. (Wtd. Amtlich.) Eingegangen nachmittags 1/4 Uhr.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Nordwestlich von Aube naarde streichen Franzosen über die Schelde. Im Gegenangriff warfen sie sie zurück. Zwischen Schelde und Oise suchte der Feind uns an der Fortführung unserer am 4. November eingeleiteten Bewegungen durch heftige Angriffe zu verhindern. Der Schwerpunkt ihrer Angriffe lag nördlich von Valenciennes, südlich der nach Rone führenden Straße, bei Basoy und bei Aulny, an der Sambre. In schweren wechselvollen Kämpfen hielten unsere Truppen dem feindlichen Ansturm stand. Der Feind stand am Abend bei Cuvrain, am Westrand von Basoy, östlich von Aulny, westlich von La Capelle.

Zwischen der Oise und Aisne hat der Gegner die Linie Verwins—Rogoy erreicht. Beiderseits von Rechel hat er die Aisne überschritten und stand am Abend in Linie Bassign—Reviel—Perinis und nördlich von Fourteron. Zwischen Aisne und Maas gelangte er bis Vendresse und Rousson.

Auf dem Ostufer der Maas setzte der Amerikaner seine heftigen Angriffe fort. Es gelang ihm, seinen Brückenkopf östlich von Dun zu erweitern. Wir brachten den Feind in den Waldungen östlich von Maroaz und Fontaines zum Stehen. Westlich von Sivry hat die bewährte brandenburgische 428. Infanterie-Division ihre Stellungen voll behauptet.

Der Erste Generalquartiermeister Groener.

nahrung und Rohstoffversorgung, die zu heben die Regierung entschlossen sei. An der Neuorganisation der Wirtschaft müsse das gesamte Volk mitarbeiten. Zur Durchführung der Demobilisierung im Lande sei die Gründung eines Arbeitsamtes geplant. Wucherer und gewerksmäßige Schleichhändler würden nicht Duldung noch Schonung finden. Der Abbau der Kriegswirtschaft werde allmählich erfolgen. Die Milderung der Wohnungsnot werde mit Nachdruck gefördert. An die Fragen der inneren Verwaltung werde die neue Regierung im Sinne einer freizeithilflichen Weiterentwicklung herantreten. Eine Reform des Gemeindefortschritts und des Volksschulwesens seien in Aussicht genommen. Die Kriegsgewinne sollten schon schärfer steuerlich erfaßt werden. Eine der wichtigsten Sorgen der Regierung bildet die Lage der Beamtenschaft und Lehreschaft.

Für die gesamte Politik des Landes werde künftig der Staatsminister, der den Vorsitz im Gesamtministerium führe, den Steuern in erhöhtem Maße verantwortlich sein. Dadurch werde die Verantwortlichkeit der übrigen Minister für ihre Departements nicht berührt. Die erhöhte Tätigkeit des vorstehenden Staatsministers bedinge die Einrichtung einer Staatskanzlei, deren Chef die Beziehungen zum Reich und die Fragen der inneren Politik zu bearbeiten haben werde, die einheitlich durch alle Ressorts durchgezogen werden müssen. Die Beziehungen zum Reich gedulde die Regierung mit besonderem Eifer und besonderer Hingebung zu pflegen. An dem Ausbau des Reiches, der die Selbstständigkeit der Einzelstaaten in wunderbarer Weise mit der Reichseinheit verbinde, sollten alle festhalten. Der Minister schließt mit einem Hinweis auf die gewaltigen Kämpfe im Westen, die Deutschland jetzt allein durchzuführen habe und sagt: Innerlich morisch ist unser Volk nicht. Wir haben Anspruch auf einen Frieden, der uns die Entwicklungsmöglichkeiten läßt. Dieser Krieg muß der letzte sein. Das ist aber nur möglich, wenn Deutschland im Frieden den Platz an der Sonne erhält, auf den es gerechten Anspruch hat und den es sich in Zukunft als freies Volk im friedlichen Wettbewerb mit den andern Völkern lässlich neu erobern wird. (Beifall.)

Das Haus beschließt eine Aussprache zur Regierungserklärung.

Abg. Uhlis (Soz.) legt die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu dem Programm der neuen Regierung dar. Die Sozialdemokratie habe den Mut und den Willen, an ihrem Teil zu helfen, das Land und das Volk vor dem Schlimmsten zu retten. Der Wunsch nach Frieden dürfe nicht wegen dynastischer und monarchischer Interessen unerfüllt bleiben. Die Mehrheit des Volkes sei für die Republik. Redner wünschte weiter die Befestigung der Ersten Kammer, eine reifliche Amnestie und die Herstellung der Pressefreiheit sowie des Vereins- und Versammlungsrechtes und die Einheitschule.

Abg. Niehammer (Na.l.) erklärt, es sei der ehrliche Entschluß der nationalliberalen Partei, auf dem betretenen Wege mitzuarbeiten. Sie hätten das lebhafteste Interesse daran, daß die Demokratie die großen Aufgaben, die ihr gestellt seien, erfolgreich löse. Seine Partei stehe auf dem Standpunkte der Reichseinheit. Sie bestreite, daß das Kaiserium eine imperialistisch provozierende Bedeutung habe. Die Befestigung des Kaiseriums müßte zu einem Verfall des Deutschen Reiches führen. Wir brauchen aber in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht die Machtgrundlage des Deutschen Reiches.

Abg. Dr. Böhme (Kons.) weist darauf hin, daß sich innerhalb der einzelnen Regierungsmitglieder eine Homogenität der politischen Auffassung nicht zeige. Auch in wirtschaftlichen Fragen gingen die Auffassungen auseinander. Seine Freunde seien sich der Tragweite der gegenwärtigen Entwicklung voll bewußt und treten mit vollem Bewußtsein auf den Boden der neuerschaffenen Lage. Es wäre ein großer Segen für unser Volk, wenn endlich einmal die alte Parteiwirtschaft aufhöre und die bürgerlichen Parteien sich wieder zusammenschließen.

Staatsminister Nischke gab zu, daß innerhalb der Regierungsmitglieder eine Homogenität der politischen Auffassung nicht bestehe. Es sei aber unzweckmäßig erschienen, die Regierung nur aus einer einzigen Partei zusammenzusetzen. Homogenität herrsche jedoch innerhalb der neuen Regierung hinsichtlich des Wunsches, Ruhe und Ordnung zu erhalten und die schwere Zeit nach Kräften zu überwinden.

Abg. Brodaus (Fortschr. Vp.) begrüßt namens seiner Fraktion die vom Vertrauen der Volksmehrheit und der Mehrheit des Parlaments getragene Regierung. Das Regierungsprogramm billigten seine Freunde in allen Punkten und hätten nur noch einige Wünsche hinzuzufügen, die sich durchaus im Rahmen dieses Programmes bewegten.

Abg. Seeger (Unabh. Soz.) sagt: Die ganze Reformierung ist nichts weiter als ein Angstrprodukt und könne die Forderungen der Bevölkerung nicht befriedigen. Redner fährt eine Reihe weitgehender Wünsche an und äußert sich dann über die Errichtung der neuen Reichsregierung, wobei er bemerkt, die Staatssekretäre im Reich seien die Hausknechte des Kaisers. (Er erhält dafür seinen Ordnungsruf, den er ablehnt.) Weiter behauptet er, der Krieg sei von Deutschland vorbereitet und angezettelt worden.

Präsident Dr. Vogel verwahrt die Regierung und das deutsche Volk gegen diesen Vorwurf.

Staatsminister Günther legt namens der Regierung gegen die Behauptung des Vorredners, daß der Krieg

von Deutschland angezettelt worden sei, Verwahrung ein. Russische Zustände wünschten wir uns nicht. Der Zusammenhang aller Volksgenossen sei notwendig, um die ungeheure Not der Gegenwart zu überwinden.

Abg. Barth (Kons.) bittet zugleich im Namen seines Fraktionsgenossen Kochel die Regierung, bei der bevorstehenden Neuordnung im Staatsleben die Sicherung der Rechte des kleinen Volkstammes der Wenden auf seine Muttersprache und sein Volkstum zu gewährleisten.

Abg. Dr. Jöppel (Nat.) weist die Ausführungen Seegers zurück.

Abg. Fleißner (Unabh. Soz.) verteidigt seinen Fraktionsgenossen Seeger und behauptet, was man jetzt im Lande und Reich getan habe, sei nicht einmal der Anfang der Demokratie.

Damit schließt die Aussprache.

Nächste Sitzung Mittwoch. Vorberatung über die Dekrete betr. Dienststrafe der Beamten und Diäten für Bezirksausführungsmitglieder.

Schöffengericht Wilsdruff

6. November 1918.

Eine durch Zeugen erhärtete ungerichte Beschuldigung erhob der Mühlenbesitzer und Gastwirt M. in Herzogswalde gegen den Gerichtsdienster E. des hiesigen Amtsgerichts, eines seit 40 Jahren treu seines Amtes wallenden Beamten, indem er denselben der Unterschlagung bezichtigte. Er gibt vor, dem E. 37,85 Mark in der Schreibstube des Herrn Rechtsanwalt H. und im Beisein des Schreibers J. übergeben zu haben. Trotz der eidlichen Aussagen des Schreibers J. und des Klägers E., die beide die Auszahlung der erwähnten Summe bestreiten, hält er seine Behauptung aufrecht. Dagegen leugnet er auch die schweren göblischen, von der Zeugin M. ihm eidlich nachgewiesenen Beleidigungen, die er E. als er ihn auf dem Wege nach dem Bahnhof Wilsdruff traf, entgegenzuschleuderte. Das Schöffengericht sieht die schweren Beleidigungen des M. mit einer Strafe in Höhe von 300 Mark oder 30 Tagen Gefängnis und Erstattung der entstandenen Kosten.

Der 1857 in Croßen in Preußen geborene und bei Frau Schmiedemeister H. in Tanneberg, deren Ehemann zurzeit im Felde sich befindet, in Arbeit stehende Schmiedegeselle Bergmann entwendete seiner Arbeitgeberin verschiedene Werkzeuge, eine Anzahl Schrauben und zwei Büchsen Huschmire. B. ist geständig und wird zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Wegen Jagdvergehens erhält B. in H. 100 Mark Strafe oder 10 Tage Gefängnis; außerdem wird die Einziehung des Gewehres verfügt.

Gegen ihre nächste Verwandte, Frau verw. Mothes in Nossen, klagten Kurt und Oskar Pfug, Vater und Sohn, in Meissen wegen Beleidigung. Gelegentlich eines Aufenthalts im Bahnhofrestaurant in Wilsdruff hatte sich Frau M. im Beisein ihrer Schwester, der Frau Pfug, die mit ihrem Gatten in Ehescheidung liegt, dahingehend geäußert, daß man sich nicht zu wundern brauche, wenn Pf. sich von seiner Frau scheiden lasse. Es sollen von Frau M. weitere Beleidigungen geäußert worden sein, die aber von der Angeklagten und von den unter Eid vernommenen Zeugen in Abrede gestellt werden. Das Schöffengericht erkennt für Frau M. auf eine Strafe von 5 Mark oder einen Tag Haft; außerdem hat die Beschuldigte für alle entstandenen Kosten aufzukommen. Der die Verhandlung leitende Herr Gerichtsrat wünschte Zurücknahme der Klage oder Anbahnung eines Vergleichs, fand aber bei den Klägern kein Entgegenkommen. Sehr treffend war die von ihm getane Äußerung, daß es in der jetzigen schweren Zeit mehr angebracht sei, derartige Klagen überhaupt zu unterlassen.

Aus Stadt und Land

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 7. November

Merkblatt für den 8. November.

Sonnenaufgang	7 ¹⁰	Mondaufgang	11 ²⁵ B.
Sonnenuntergang	4 ¹⁷	Monduntergang	7 ³⁵ N.

— Die Ziehung der 2. Heimatdank-Geldlotterie findet vom 18. bis 25. November in Dresden beim Königl. Sächs. Invalidendank statt. Die Lose der mit vielen großen Gewinnen ausgestatteten Lotterie finden regen Absatz, so daß es sich empfiehlt, sich zeitigen ein Los zu sichern. Lose zum Preise von je 3 Mark sind in allen Lössgeschäften beim Invalidendank in Dresden und in der Geschäftsstelle des Tageblattes zu haben.

— Ein frohes Wiedersehen nach über vierjähriger Unterbrechung konnte in der Familie des Barbiermeisters Weise gefeiert werden. In den letzten Tagen kehrte der Sohn, Husar Hans Weise, der im September 1914 in französische Gefangenschaft geriet, aus derselben wieder zurück. Eine Zeit größter Entbehrungen liegt hinter ihm. Bei durcheinweg schmaler Kost mußte er die schwersten Arbeiten verrichten. Ein herzlich Willkommenruf sei dem jungen Manne zugerufen! Eltern- und Freundesliebe, die ihm in reichstem Maße von neuem zu teil wird, werden das lange schwere, mit Geduld ertragene Leid bald vergessen machen.

— Selbsthilfe beim Kleingeldmangel. Die Klage über den Mangel an Kleingeld ist eine recht deutliche Klage. Denn statt uns selbst zu helfen, warten wir, bis das Reich oder die Gemeinde Kleingeld macht. Aber wie kann man sich selbst helfen? Der einzelne Geschäftsmann kann doch kein Kleingeld herstellen lassen! Das ist richtig. Aber er kann sich ein Zahlungsmittel machen, das so gut ist, wie staatliches oder gemeindliches Kleingeld. — Wie? Sehr einfach! Hat nicht jedes Geschäft Konto bei der Girokasse? Wer verbietet ihm, eine Blankowweisung, für die die Girokasse Vordruck bereit hält, über 5 oder 10 oder 20 Mark auszustellen? Die Unterschrift des Geschäftsinhabers ist gut für seine Angestellten und Arbeiter. Sie ist auch gut für jeden anderen Geschäftsmann am Ort, der die Unterschrift kennt und deshalb gegen solche Blankowweisungen in der Stadt und ihrer Umgebung von Hand zu Hand. Auch die öffentlichen Kassen nehmen sie an und lassen sie sich bei der Girokasse gutschreiben. Es hat also jedermann die Möglichkeit, sich selbst zu helfen. Na, wenn das so einfach ist, warum ist es dann nicht schon lange eingeführt? Weil wir schwerfällig sind und mehr mit dem Mund den bargeldlosen Verkehr pflegen, als mit der Tat. Nimmst du ein Girokonto und benutzt es richtig, dann gibt es keinen Geldmangel, weder für uns noch für das Reich.

— Verbot der Ausfuhr von Pilsener Bier aus Böhmen. Der Pilsener Nationalausschuß hat die Ausfuhr von Pilsener Bier verboten, damit der heimische Verbrauch gedeckt werde; außerdem, weil keine Bürgschaft dafür besteht, daß die Waggons wieder zurückgehandelt werden.

— Ungültigkeit von Reisebrotmarken. Die 500-Gramm-Reisebrotmarken werden mit dem Ablauf des 15. Dezember 1918 ungültig und sind alsdann zu vernichten. Die Verbraucher dürfen bis zum 15. Dezember die 500-Gramm-Marken in 50-Gramm-Marken umtauschen.

— Dresden. Die Menschenanfasslungen auf dem Altmarkt wiederholten sich gestern, Mittwoch, etwa von 4 Uhr nachmittags ab. Mehrere Zivil- und Militärpersonen hielten Ansprachen an die Menge. Die Soldaten beklagten sich über angebliche Mißstände an der Front und mangelhafte Verpflegung, erklärten aber auch, weiter ihre Pflicht zu tun. Zu Ruheförderungen ist es nicht gekommen.

— Chemnitz. Etwa 1000 Mädchen und Frauen aus Chemnitz und Umgegend, die während des Sommers in Ostpreußen als landwirtschaftliche Arbeiterinnen tätig gewesen waren, kehrten jetzt in die Heimat zurück. Der Sonderzug, mit dem sie entrafen, führte nicht weniger als 1000 Zentner Gepäck mit sich, in dem sich sogar lebende Ziegen und Schweine befanden.

— Hirschfeld bei Zittau. Das Opfer eines tollwütigen Hundes wurde der in der Chemischen Fabrik von Heyden hier angestellte kriegsinvalid Pförtner, Vater einer zahlreichen Familie. Das Tier, ein Jagdhund, dessen Befüger bisher nicht festgestellt werden konnte, da das Unglück den Pförtner bei Ausübung seines Nachdienstes traf, hat schon mehrere Personen gebissen. Der Pförtner ist an den Folgen des Bisses gestorben.

— Aulzig. Hier und in Pottau ist es zu Beginn der Woche zu bössartigen Nahrungsmittelkrawallen gekommen. Anlaß dazu gab die mißhorstündliche Auffassung einer Verfügung des Bezirksnationalrates. Die Bevölkerung war der Ansicht, die in Fabriken lagernden bedeutenden Vorräte an Hafertreis, Rohmehl, Walnüssen, Runkelrüben und Viehfutter in Ruchensform sollten durch die tschechische Landesgewalt beschlagnahmt werden. Mit Fuhrwerk und sonstigen Transportmitteln rückte die erregte Bevölkerung vor die Fabrik. Die Polizeigewalt vermochte nicht zu verhindern, daß die Magazine gestürmt und geplündert wurden. Infolge Brandstiftung brach Feuer aus. Der Wert der vernichteten Waren wird auf 40 Millionen Kronen (33 Millionen Mark) beziffert. Durch das unvernünftige Verhalten der Bevölkerung gingen also Vorräte zugrunde, die lange Zeit zur Versorgung Nordböhmens ausgereicht hätten.

Kirchennachrichten

für Freitag den 8. November.

Wilsdruff.

Abends 1/2 8 Uhr Kriegsbestunde mit Feier des heiligen Abendmahles.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Hübsche in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer: I. R. Gärtner, für den Inseratenteil: Arthur Hübsche beide in Wilsdruff.

Der
Caschen-Jahrplan
für Winter 1918/19

der Eisenbahnstrecken
Poischappel-Wilsdruff-
Nossen und
Wilsdruff-Meißen mit

Dampfschiff-Jahrplan
ist wieder fertiggestellt und
bei uns zu haben.

Stück 15 Pfennige.
Die Geschäftsstelle
des „Wilsdr. Tagebl.“

Kaufe
Schlacht-
pferde
zu geleglichen Preisen.
August Hofffeld,
Wilsdruff, Fernspr. 644.
Im Raiffeisen sofort zur
Etzle.

Für ein 1/2 Jahr altes
Mädchen sucht der Armen-
Verband Hühndorf eine.

Ziehmutter.
Meldungen an das Ge-
meindeamt erbeten.

Lose

der 2. Heimatdank-Geldlotterie
a 3 Mark

Ziehung am 18., 19., 21., 22., 23. und 25. Novbr.
sind erhältlich in der
Geschäftsstelle des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Dankfagung.

Außerhande, jedem Einzelnen zu danken, bitten wir, auf diesem Wege unseren aufrichtigen Dank entgegenzunehmen für die überaus zahlreichen und wohlthuenden Beweise der Liebe und Anteilnahme, welche uns beim Ableben unserer heiliggeliebten Tochter, Schwester und Braut

Dorle Krille

entgegengebracht wurden. Es war uns ein Trost in schwersten Stunden, zu sehen, wieviel Liebe und Freundschaft unsere teure Entschlafene im Leben geerntet hatte. Nur wer dieses reine und edle Herz kannte, kann unseren großen Schmerz verstehen.

Insbondere sagen wir Dank Herrn Pastor Lindner für seine tröstenden Worte am Sarge unserer lieben Verstorbenen, den Herren Lehrern, der Schuljugend und Jugend von Blankenstein sowie den Kränzchen- und Pensionsfreundinnen für das letzte Geleit.

Unter einer Fülle von Blumen hat sich nun das viel zu frühe Grab über unserem einst so blühenden Liebling geschlossen. Geliebt und unvergessen!

Sie ruhe in Frieden!

Obermühle Blankenstein,
am 6. November 1918.

In tiefster Trauer

Mag Krille, Mühlenbesitzer.
Elisabeth Krille geb. Schmidt.
Gerhard Krille, 3. St. im Felde.
Marianne Krille.
Helmuth Staffehl als Bräutigam.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner teuren
Gattin, unserer guten Mutter

Frau Martha Ebert

geb. Sommerlatt

Sagen wir allen, ja allen für die vielen Beweise der Liebe und Anteilnahme durch Wort und Schrift sowie für den reichen Blumenschmuck und das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte unseren

herzlichsten Dank.

Besonderen Dank Herrn Pfarrer Wolke für seine tröstlichen Worte am Grabe. Dies alles hat unseren wunden Herzen wohlgetan.

Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Habe Dank“ und „Ruhe sanft“ in Dein stilles Grab nach.

Wilsdruff, am 5. November 1918.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Von Sonntag den 10. d. M.
ab stellt der sächsische Viehhandels-
Verband einen großen Transport

vorzügl. Milchvieh,

hochtragend und frischmelkend, zum Selbstkostenpreis bei mir zum Verkauf. Ankaufsbeihilfe wird gewährt.

Ankaufsbescheinigung ist mitzubringen.

Hainsberg.

G. Kästner.

Güterbahnhofstraße 2

Fernsprecher: Amt Deuben 296.



Nachruf.

Am 1. November ist der unerbittliche Tod unsere liebe, treue Kränzelschwester

Dorle Krille

in ihrer schönsten Jugendblüte aus unserer Mitte. Ihr immer munteres, lebenswürdiges Wesen sowie ihre stets schwesterliche Gesinnung werden uns ewig unvergesslich bleiben. Wir stehen tieferschüttert an ihrem Grabe und rufen ihr heute ein „Habe Dank!“ und „Ruhe sanft!“ in die Ewigkeit nach.

Blankenstein, am 7. November 1918.

Ihre Kränzelschwester.

Am 5. November 1918 verstarb nach kurzer, aber schwerer Krankheit unser Gutinspektor

Herr Richard Ernst Zimmermann

in seinem 47. Lebensjahre.

Seit 4 Jahren in unseren Diensten, hat derselbe unsere Interessen in allen Beziehungen zu wahren gewußt. Insbesondere hat der Verstorbenen während der schweren Kriegszeit seine ganze Kraft für uns eingesetzt.

Sein Andenken wird stets in Ehren gehalten werden.

Stadtgut-Vorwerk Wilsdruff, am 7. November 1918.

D. Bojarsky's Erben.

Wir ersuchen die Herren
Landwirte um sofortige
Ablieferung von Brotgetreide,
insonderheit von Roggen an uns
oder für uns direkt an die Mühlen.

Landwirtschaftliche Bezugs- und Abgabgenossenschaft
Wilsdruff und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.



Ein älteres mittel-
schweres und ein älteres
ganz schweres

Arbeits-Pferd

siehe billig zum Verkauf.

Hainsberg.

E. Kästner.

Güterbahnhofstraße 2.

Fernsprecher: Amt Deuben 296.

Schickt das „Wilsdruffer Tageblatt“
ins Feld! Feldabonnement bei täglicher
Zufendung monatlich 1,20 Mk.

la. Rotklee-Samen

eben eingetroffen, empfiehlt billigst

Alfred Pietzsch.

Die zuerst eingelieferten Buchroman-
Bände sind fertiggestellt und
können wieder abgeholt werden.
Die Geschäftsstelle des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Für unseren Austragebezirk

Kaufbach

suchen wir für 1. Januar 1919 einen gut sitzhaften

Austräger.

Geschäftsstelle des Wilsdruff. Tageblattes.

Zucker

auf erhaltene Zuckermarken hat in allen Sorten
vorrätig und empfiehlt

Alfred Pietzsch.

Achtung! Achtung!
Die Bauern-Komitz
kommt!
Wann? Wo?

Wir bitten höflich, An-
zeigen bis 11 Uhr vor-
mittags anzugeben.

Tüchtiges
Küchen-Mädchen
und

Haus-Mädchen

bei gutem Lohn für sofort
oder 15. November gesucht
im Erbgericht Klossche.
H. Schaffrath.

Kesselsdorf. Lebensmittelverteilung
in der 45. Woche.

Sonnabend den 9. November 1—2 Uhr in Fleischerei
Böhme

Rauchscholle, grüne Karten 81—180, je
1/4 Pfund für 50 Pf. auf Abschnitt 7.

Kesselsdorf, am 7. November 1918.

Der Gemeindevorstand.

Nachdem wir unseren lieben Entschlafenen

Bruno Kolske

zur ewigen Ruhe gebettet haben, drängt es uns,
allen lieb. u. Verwandten und Bekannten sowie
den lieben Nachbarn für das freiwillige Tragen
zur letzten Ruhestätte unseren

herzlichsten Dank

auszusprechen. Ganz besonderen Dank Herrn
Pfarrer Grobe für seine tröstenden Worte im
Hause und am Grabe und Herrn Schuldirektor
Thomas für das ehrende Geleit sowie der lieben
Jugend von Sora, Lampersdorf und Logen für
den herrlichen Blumenschmuck und die Begleitung
zur letzten Ruhestätte.

Logen, am 6. November 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Eine gebrauchte, gut
erhaltene

Zinkbadewanne

(1,70 cm lang) wird zu
kaufen gesucht

Burkhardtswalde Nr. 19.

Hund entlaufen,

Fogterrier-Mixe, weiß mit
braunen Flecken an der Seite,
auf den Namen „Cherry“
hörend. Wiederbringer erhält
hohe Belohnung.

am Klostersgut Hühndorf.